

# Inhaltsverzeichnis

<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>XIX</b>
----------------------------------	------------

<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
A. Besonderheiten kindschaftsrechtlicher Verfahren .....	1
B. Begutachtung in kindschaftsrechtlichen Verfahren .....	4
C. Problemlage.....	5
D. Brisanz der Thematik .....	7
E. Ziel und Gang der Untersuchung.....	8
<b>1. Kapitel: Die Relevanz psychologischer Erkenntnisse im Kindschaftsrecht .....</b>	<b>11</b>
A. Ursprung der Verbindung zwischen Familienrecht und Psychologie .....	11
I. Gesellschaftlich bedingte Entwicklungen im Kindschaftsrecht .....	11
1. Der Familienbegriff.....	11
2. Die Stellung des Kindes .....	11
a) Kind als Eigentum und Besitz des Hausvaters.....	11
b) Aufhebung der strikten Trennung von Familie und Staat.....	12
3. Reglementierungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts .....	13
4. Umbruch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.....	14
a) Gleichberechtigung von Vater und Mutter .....	15
b) Hervorhebung des Kindeswohls als Sorgerechtsmaßstab.....	16
II. Auseinandersetzung mit dem Begriff des Kindeswohls.....	17
1. Ausgangsproblem .....	17
2. Auslegungsbedürftigkeit des unbestimmten Begriffs „Kindeswohl“ .....	17
a) Spezifizierbarkeit des Kindeswohls .....	17
b) Die am wenigsten schädliche Alternative.....	18
c) Kindeswohl aus psychologischer Sicht .....	18
III. Zwischenergebnis: Einfluss der Sozialwissenschaften .....	19

B.	Die Forschungsbereiche der Familienrechtspychologie .....	20
I.	Die Etablierung der Rechtspychologie.....	20
II.	Begriff der Familienrechtspychologie .....	21
III.	Entwicklungspsychologie des Kindes .....	22
1.	Geburtsstunde der differentiellen Entwicklungspsychologie .....	22
2.	Balance von Schutz- und Risikofaktoren .....	23
IV.	Bindungsforschung .....	24
1.	Begriff der Bindung.....	24
2.	Aufbau und Erhalt von Bindung .....	25
3.	Bindungsqualität.....	26
V.	Scheidungs- und Trennungsforschung.....	28
1.	Forschungsfeld.....	28
2.	Unmittelbare Scheidungsfolgen.....	30
3.	Langfristige Trennungsfolgen .....	33
4.	Bedeutung des elterlichen Konfliktes.....	34
5.	Hochkonfliktfamilien.....	34
VI.	Kulturpsychologie.....	36
VII.	Zwischenergebnis .....	38
C.	Gesetzliche Meilensteine im Kindschaftsrecht .....	39
I.	Kindschaftsrechtsreform von 1998 .....	39
II.	FGG-Reform von 2009 .....	40
III.	Gesteigertes Anforderungsprofil an Familienrichter .....	42
D.	Fazit zum 1. Kapitel .....	43
<b>2.</b>	<b>Kapitel: Rechtsgrundlagen für die Einbeziehung von Sachverständigengutachten in Kindschaftssachen .....</b>	<b>45</b>
A.	Amtsermittlungsgrundsatz nach § 26 FamFG.....	45
I.	Normüberblick.....	45
II.	Verantwortlichkeit der Familiengerichte für die Sachverhaltsermittlung .....	45
III.	Verfahrensordnungsgemäß gewonnene Wahrheit.....	46

IV.	Umfang der Ermittlungspflicht.....	47
V.	Möglichst zuverlässige Entscheidungsgrundlage (BVerfG) .....	48
B.	Freibeweis versus Strengbeweis in Kindschaftssachen .....	49
I.	„Wahlpflicht“ zwischen Frei- und Strengbeweis .....	49
II.	Grundsatz des Freibeweises in Kindschaftssachen .....	50
1.	Gesetzliche Legitimierung durch das FamFG .....	50
2.	Flexibles Erkenntnisinstrument .....	51
III.	Ermessensreduzierungen nach § 30 Abs. 2, 3 FamFG .....	53
IV.	Zwischenergebnis .....	54
C.	Die Erkenntnismittel in Kindschaftssachen.....	55
I.	Früher erster Termin.....	55
1.	In Sorge- und Umgangsverfahren nach § 155 Abs. 2 FamFG.....	55
2.	In Kindeswohlgefährdungsverfahren nach § 157 FamFG .....	57
II.	Bestellung eines Verfahrensbeistandes nach § 158 FamFG .....	59
III.	Anhörung des Kindes nach § 159 FamFG .....	60
IV.	Befragung von Auskunftspersonen .....	63
V.	Strengbeweismittel .....	64
D.	Das familienpsychologische Sachverständigengutachten .....	65
I.	Anwendung der Vorschriften der ZPO.....	65
II.	Arten der Begutachtung .....	66
1.	Entscheidungsorientierte Begutachtung .....	66
2.	Lösungsorientierte Begutachtung .....	67
a)	Gesetzliche Grundlage (§ 163 Abs. 2 FamFG).....	67
b)	Inhalt und Ziel .....	68
c)	Konfliktpunkte .....	69
3.	Psychologische/Gutachterliche Stellungnahmen und Obergutachten .....	71
4.	Mündliche Erläuterung des Gutachtens .....	72
III.	Kosten im Zusammenhang mit psychologischen Gutachten.....	73
1.	Einfluss von Gutachten auf den Verfahrenswert.....	73

2.	Höhe der Gutachtenkosten .....	76
a)	Durchschnittliche Kosten .....	76
b)	Niedrigere Vergütung im Vergleich zur freien Wirtschaft.....	78
c)	Vereinbarung einer besonderen Vergütung (§ 13 JVEG).....	79
3.	Kostenverteilung in Kindschaftssachen.....	81
a)	Grundsatz der Kostentragung.....	81
b)	Einseitige Auferlegung der Gutachtenkosten .....	81
c)	Absehen von der Erhebung der Gutachtenkosten aus Billigkeitsgründen.....	82
d)	Gewährung von Verfahrenskostenhilfe (VKH).....	84
4.	Kostentragung bei mangelhaftem Gutachten .....	85
a)	Systematik des § 8a JVEG.....	85
b)	Vergütung bei mangelhaftem Gutachten nach § 8a Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG .....	86
c)	Verwertbarkeitsvermutung des § 8a Abs. 2 S. 2 JVEG.....	87
5.	Keine Schadloshaltung nach § 839a BGB .....	88
E.	Person und Auswahl des Sachverständigen .....	91
I.	Der gerichtliche Sachverständige .....	91
II.	Allgemeine Anforderungen aus gesetzlichen Verpflichtungen .....	92
III.	Erforderliche Grundausbildung eines psychologischen Sachverständigen .....	93
1.	Studium der Psychologie .....	94
2.	Abgrenzung gegenüber Psychotherapeuten .....	95
3.	Abgrenzung gegenüber (Kinder- und Jugend-)Psychiatern .....	96
IV.	Zusätzliche Anforderungen.....	97
1.	„Besondere“ Sachkunde und rechtliche Grundkenntnisse.....	97
2.	Zusatzqualifikation zum Fachpsychologen für Rechtspsychologie .....	98
V.	Zwischenergebnis .....	100
VI.	Auswahl des Sachverständigen .....	101
1.	Rechtliche Grundlagen .....	101

2. Vorrang öffentlich bestellter Sachverständiger (§ 404 Abs. 2 ZPO) .....	102
a) Erleichterung bei der Sachverständigenauswahl .....	102
b) Keine öffentlich-bestellten psychologischen Sachverständiger .....	103
3. Gerichtliche Praxis .....	104
<b>F. Verhältnis zwischen Sachverständigem und Familiengericht .....</b>	<b>105</b>
I. Auftrag als öffentlich-rechtlicher Vertrag .....	105
II. Aufgabenfeld des Sachverständigen .....	106
III. Weisungshoheit und Kontrollfunktion des Gerichts .....	107
IV. Erlass eines Beweisbeschlusses .....	107
1. Anwendung des § 358 ZPO i.V.m. § 30 Abs. 1 FamFG .....	107
2. Funktion des Beweisbeschlusses .....	108
3. Inhalt des Beweisbeschlusses .....	108
4. Problematik der Formulierung der Beweisfragen .....	109
5. Einwände der Beteiligten gegen die Begutachtung .....	111
6. Zwingende Fristsetzung .....	112
a) Hintergrund .....	112
b) Angemessene Frist .....	113
7. Sonderstellung des Sachverständigen .....	115
<b>G. Fazit zum 2. Kapitel .....</b>	<b>116</b>
<b>3. Kapitel: Notwendigkeit von Sachverständigengutachten in kindschaftsrechtlichen Verfahren nach § 1671, § 1684 und § 1666 BGB .....</b>	<b>117</b>
<b>A. Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens kraft Gesetzes .....</b>	<b>118</b>
I. Keine gesetzliche Anordnung .....	118
II. Nutzen-Folgen-Abwägung .....	119
III. Verfahrensfremde Gründe für die Einholung von Gutachten .....	121
<b>B. Gutachten in Verfahren zur elterlichen Sorge nach § 1671 BGB .....</b>	<b>122</b>
I. Kindeswohlmaßstab der Best-Variante .....	122
II. Entscheidungsalternativen des § 1671 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB .....	122

III.	Psychologische Relevanz der einzelnen Sorgerechtskriterien .....	123
1.	Kein Rangverhältnis der Kriterien .....	124
2.	Kooperationsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft.....	125
a)	Begriff und Anforderungen.....	125
b)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	126
3.	Bindungen des Kindes zu seinen Eltern .....	128
a)	Gewichtiges Kriterium mit psychologischer Relevanz.....	128
b)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	128
4.	Geschwisterbindung.....	130
a)	Keine aussagekräftigen psychologischen Studien .....	130
b)	Beurteilung der Geschwistertrennung.....	131
c)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	132
5.	Erziehungsfähigkeit.....	132
a)	Psychologische Relevanz für die Sorgerechtsregelung .....	132
b)	Kein Vergleich der „besseren“ Erziehungsfähigkeit möglich .....	133
c)	Kein „ideales“ bzw. „besseres“ Erziehungskonzept.....	134
d)	Feststellung von Erziehungsdefiziten.....	134
e)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	135
6.	Förderungskompetenz.....	136
a)	Verantwortung und Unterstützung des Kindes .....	136
b)	Bindungstoleranz als Teil der Förderungskompetenz .....	137
aa)	Begriff.....	137
bb)	Problematische Fallkonstellationen .....	138
c)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	139
7.	Kontinuitätsgrundsatz .....	140
a)	Bewahrung stabiler und stetiger Verhältnisse.....	140
b)	Problematische Fallkonstellationen .....	141
c)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	142
8.	Der Wille des Kindes.....	143
a)	Bedeutung und Funktion .....	143
b)	Anforderungen an einen beachtlichen Kindeswillen .....	144

c)	Geäußerter Wille entspricht nicht immer dem wahren Willen .....	145
d)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	146
IV.	Zusammenfassung und Fazit zur Notwendigkeit von Sachverständigengutachten in Sorgerechtsverfahren nach § 1671 BGB .....	148
C.	Gutachten in Verfahren zum Umgangsrecht nach § 1684 BGB.....	150
I.	Zweck des elterlichen Umgangsrechts .....	150
II.	Kindeswohldienlichkeit als Ausgangshypothese.....	150
III.	Entscheidungsalternativen des § 1684 BGB.....	151
1.	Pflicht zur konkreten Regelung des Umgangs.....	151
2.	Umgangsgestaltung aus psychologischer Sicht.....	153
3.	Einschränkung oder Ausschluss.....	154
4.	Maßgebliche Umgangskriterien .....	155
IV.	Typische Probleme im Umgangsrecht .....	156
1.	Schwerer Konflikt und Weigerungshaltung des Betreuungselternteils.....	156
a)	Feststellung der Belastungen des Kindes durch den Konflikt.....	156
b)	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens.....	157
2.	Verbale Ablehnung von Umgangskontakten durch das Kind.....	159
a)	Erzwungener Umgang und Kindeswohl .....	159
b)	Tendenzen in der OLG-Rechtsprechung.....	160
c)	Fallkonstellationen zur Notwendigkeit eines Gutachtens.....	161
d)	Fallkonstellationen ohne Notwendigkeit eines Gutachtens .....	163
3.	Vorwurf sexuellen Missbrauchs .....	166
a)	Sexueller Missbrauch, sexuelle Misshandlung und Pädophilie .....	166
b)	Aufklärungsmöglichkeiten .....	167
c)	Bestätigung des Verdachts .....	169
d)	Keine Bestätigung des Verdachts .....	169

V.	Zusammenfassung und Fazit zur Notwendigkeit von Sachverständigengutachten in Umgangsverfahren nach § 1684 BGB.....	170
D.	Gutachten in Kinderschutzverfahren nach §§ 1666, 1666a BGB .....	171
I.	Maßstab der Kindeswohlgefährdung.....	171
1.	Gesetzliche Neustrukturierung .....	171
2.	Gefährdungsbegriff .....	172
3.	Komplexer Abwägungsprozess .....	174
II.	Entscheidungsalternativen des §§ 1666, 1666a BGB .....	174
1.	Besondere verfassungsrechtliche Anforderungen in Art. 6 Abs. 2, 3 GG .....	174
2.	Abgestufter Maßnahmenkatalog (Verhältnismäßigkeit) .....	175
III.	Feststellung einer konkreten Kindeswohlgefährdung .....	177
1.	Maßgebliche Kriterien .....	177
2.	Erziehungsfähigkeit aus psychologischer Sicht .....	178
3.	Vorgehensweise bei der psychologischen Begutachtung .....	179
IV.	Die Rechtsprechung des BVerfG zur Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens in Kinderschutzverfahren .....	181
1.	Entwicklung des BVerfG hin zum Beschwerdegericht.....	182
2.	Die Grundsatzentscheidung des BVerfG vom 10.09.2009 .....	182
3.	Kammerentscheidungen des BVerfG seit 2014 .....	185
4.	Fazit zur Rechtsprechung des BVerfG .....	188
V.	Zusammenfassung und Fazit zur Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens in Kinderschutzverfahren nach §§ 1666, 1666a BGB.....	188
E.	Gutachten in einstweiligen Anordnungsverfahren nach § 49 ff. FamFG.....	189
I.	Aufklärungsmöglichkeiten im einstweiligen Anordnungsverfahren.....	189
II.	Notwendigkeit eines Sachverständigengutachten in Eilverfahren.....	190
1.	Unvereinbarkeit mit den Grundsätzen des Eilverfahrens.....	190
2.	Die Entscheidung des BVerfG vom 07.04.2014.....	191
III.	Telefonische Kontaktaufnahme mit einem Sachverständigen.....	192
F.	Gesamtergebnis zum 3. Kapitel.....	193

<b>4. Kapitel: Qualität familienpsychologischer Gutachten .....</b>	<b>195</b>
A. Anforderungen an (qualitative) familienpsychologische Gutachten.....	195
I. Keine rechtsverbindlichen Qualitätskriterien für die Gutachtenerstellung.....	195
II. Berufsständische Richtlinien und Empfehlungen.....	196
1. Richtlinien der Föderation Deutscher Psychologenvereinigungen (FöDP).....	196
2. Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) .....	197
III. Wissenschaftliche Anforderungen an die Gutachtenerstellung innerhalb der psychologischen Fachschaft .....	198
1. Übergeordnete Qualitätsaspekte .....	198
2. Einheitliche Grobstruktur für psychologische Gutachten .....	199
3. Formale Anforderungen.....	200
4. Methodisches (psychologisch-diagnostisches) Vorgehen.....	201
a) Ableitung psychologischer Fragen (Arbeitshypothesen).....	201
b) Auswahl und Qualität der Untersuchungsverfahren.....	203
aa) Auswahl der diagnostischen Verfahren .....	203
bb) Diagnostische Gespräche .....	204
cc) Verhaltens- und Interaktionsbeobachtungen .....	204
dd) Psychologische Testverfahren .....	206
c) Methodenkritische Interpretation der Ergebnisse (Befunde) .....	208
d) Beantwortung der gerichtlichen Fragestellung.....	208
IV. Mindestanforderungen der Arbeitsgruppe „Familienrechtliche Gutachten“ 2015.....	209
1. Anlass, Zusammensetzung und Ziel .....	209
2. Verbindlichkeit der Mindestanforderungen .....	210
B. Studien zur Qualität familienpsychologischer Begutachtung.....	210
I. Empirische Studien der letzten 40 Jahre.....	210
II. Die Hagener Studie von Salewski/Stürmer 2014.....	213
1. Zeitraum, Stichprobe und Ziel.....	213
2. Die Einzelergebnisse zur Gutachtenqualität.....	213

3.	Methodische Einschränkungen und Kritik an der Hagener Studie .....	215
a)	Allgemeines .....	215
b)	Repräsentativität der Prüfkriterien .....	215
c)	Repräsentativität und Generalisierbarkeit der Ergebnisse.....	218
d)	Ergebnisse zur Qualifikation von Sachverständigen.....	220
e)	Notwendigkeit interdisziplinärer Austausch zwischen den Professionen .....	221
III.	Zwischenergebnis zum Aussagegehalt der Hagener Studie .....	222
IV.	Fazit zum 4. Kapitel .....	222
<b>5.</b>	<b>Kapitel: Qualifikation von familienpsychologischen Sachverständigen.....</b>	<b>225</b>
A.	Neuerungen durch die Reform des Sachverständigenrechts von 2016.....	225
B.	Festschreibung von Qualifikationsanforderungen für familienpsychologische Sachverständige in § 163 FamFG.....	226
I.	Neufassung des § 163 Abs. 1 FamFG .....	227
II.	Kritische Bewertung der Neufassung .....	228
1.	Soll-Vorschrift.....	228
2.	Keine Begründung der Auswahl.....	228
3.	Einzelne Kritikpunkte.....	229
a)	Zu weit gefasste Grundqualifikationen.....	229
b)	Keine zusätzlichen Qualifikationen bzw. Ausbildungen.....	232
III.	Vorschläge zur Konkretisierung des § 163 FamFG.....	233
1.	Vorschlag 1a: Öffentlich-bestellte oder zertifizierte Fachpsychologen.....	233
2.	Vorschlag 1b: Zertifizierter Rechtspsychologe oder vergleichbare Qualifikation .....	235
3.	Vorschlag 2: Differenzierte Zusatzanforderungen an die Berufsgruppen.....	235
4.	Vorschlag 3: Kenntnisse in Fragen des Wohls des Kindes.....	236
5.	Vorschlag 4: Spezifizierung zusätzlicher Kenntnisse und Erfahrungen.....	237

IV.	Eigener Reformvorschlag zu § 163 FamFG.....	238
1.	Reformvorschlag zu den Qualifikationsanforderungen .....	238
2.	Begründung zu Absatz 1.....	239
3.	Begründung zu Absatz 2.....	239
4.	Information der Sachverständigen über den Verfahrensausgang .....	241
5.	Einrichtung adäquater Qualifizierungsstellen .....	242
C.	Neufassung des Sachverständigenbeweises in der ZPO .....	244
I.	Rechtsentwicklung .....	244
II.	Parteianhörung zur Sachverständigenauswahl (§ 404 Abs. 2 ZPO) .....	245
1.	Neufassung .....	245
2.	Bedeutung für kindschaftsrechtliche Verfahren.....	246
III.	Zwingende Fristsetzung (§ 411 Abs. 1 ZPO) .....	248
1.	Neufassung .....	248
2.	Bedeutung für kindschaftsrechtliche Verfahren.....	250
IV.	Obligatorische Festsetzung eines Ordnungsgeldes (§ 411 Abs. 2 ZPO).....	250
1.	Neufassung .....	250
2.	Bedeutung für kindschaftsrechtliche Verfahren.....	252
<b>6.</b>	<b>Kapitel: Gutachtenbasierte Entscheidungsfindung und Richterfähigkeiten .....</b>	<b>253</b>
A.	Anforderungen an die richterliche Beweiswürdigung (§ 37 FamFG).....	253
I.	Grundsatz der freien Beweiswürdigung.....	253
II.	Überzeugungsmaß und Beweismaß .....	254
III.	Kritische Würdigung des Sachverständigengutachtens .....	255
1.	Keine formelhafte Übernahme der Ausführungen .....	255
2.	Beschränkte Überprüfbarkeit von Gutachten .....	256
3.	Abweichen vom Gutachten .....	257
B.	Qualifikation von Familienrichtern .....	259
I.	Tätigkeitsfeld des Familienrichters zwischen Masse und Komplexität .....	259

II.	Zugangsvoraussetzung für die Tätigkeit als Familienrichter .....	260
1.	Geltende Rechtslage .....	260
2.	Bedenken gegen die Einsetzung von Richtern auf Probe .....	261
3.	Mögliche Neuregelung.....	261
a)	Keine Besetzung mit Richtern auf Probe (Schnitzler).....	261
b)	Erleichterung des Berufseinstiegs für Richter auf Probe .....	263
c)	Gesetzliche Verschärfung der Eingangsvoraussetzungen.....	263
4.	Reformvorschlag zu den Eingangsvoraussetzungen .....	265
III.	Fortbildungspflicht für Familienrichter.....	266
1.	Aktuell keine Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte .....	266
2.	Forderung nach einer Fortbildungspflicht .....	266
3.	Anregung zum Erlass einer Fortbildungspflicht durch die Bundesländer.....	267
4.	Vereinbarkeit mit der richterlichen Unabhängigkeit aus Art. 97 GG.....	268
IV.	Einrichtung von Spezialabteilungen für Kindschaftssachen .....	270
V.	Fazit zum 6. Kapitel .....	272
7.	<b>Kapitel: Gesamtfazit und Ausblick.....</b>	273
A.	Zusammenfassende Thesen.....	273
B.	Reformvorschlag zu Sachverständigengutachten in Kindschaftssachen.....	276
C.	Reformvorschlag zur Qualifikation von Familienrichtern.....	277
D.	Ausblick.....	277
8.	<b>Anhang: Checkliste zur Einholung eines familienpsychologischen Sachverständigengutachtens.....</b>	279